



147. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen

Debatte zur Stärkung der Europäischen Demokratie im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas und in der Debatte zur Bekämpfung von Desinformation

Die Plenarversammlung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) tagte vom 1.-2.12.2021 im hybriden Format in Brüssel.

Eröffnet wurde die Plenartagung mit einer Debatte über die Stärkung der europäischen Demokratie im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas. Gastredner waren der ehemalige Präsident des Europäischen Rates Herman van Rompuy als Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe „Europäische Demokratie“ des AdR, der slowenische Staatssekretär Igor Senčar sowie Renaud Muselier, Präsident der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur und Vorsitzender der Vereinigung der französischen Regionen „Régions de France“. Herman Van Rompuy stellte die ersten Schlussfolgerungen der Hochrangigen Gruppe für Europäische Demokratie vor. Die Konferenz zur Zukunft Europas sei eine einzigartige Gelegenheit, die lokale Dimension der Demokratie in die Debatte einzubringen. Der AdR könne eine wichtige Rolle als Koordinator, Vermittler und Kommunikator im Multi-Level-Governance-System spielen. Er könne auch stärker in den europäischen Rechtsetzungsprozess eingebunden werden. Der vollständige Bericht über die Vorschläge der Hochrangigen Gruppe zur Stärkung der Rolle des AdR soll noch im Dezember veröffentlicht werden.

Europastaatssekretär Dr. Mark Speich (EVP) erklärte in seinem Redebeitrag, dass man die EU wieder näher an den Menschen bringen müsse. Das könne nicht anders erfüllt werden als durch eine Stärkung der regionalen Ebene in der Europapolitik. Deshalb werde eine Stärkung der regionalen und kommunalen Ebene für das Europa der Zukunft unumgänglich sein. Die Regionen und insbesondere der AdR seien auch bereit, in Zukunft mehr Verantwortung zu übernehmen.

Der Europaausschussvorsitzende Dietmar Brookes MdL (RE) hob hervor, dass die Konferenz von den Veranstaltungen und Angeboten in den Regionen, jenseits der Hauptstädte lebe. Die politischen Ebenen müssten hier im Sinne der europäischen Idee eng zusammenarbeiten. Er berichtete von einem Bürgerdialog im nordrhein-westfälischen Landtag, der gerade bei jungen Menschen auf lebhaftes Interesse gestoßen sei. Er mahnte, dass die Konferenz jetzt einen Schub brauche. Die zentralen Empfehlungen der Menschen müssten nicht nur gehört, sondern in transparenten Verfahren auf EU-Ebene umgesetzt werden. Ein Scheitern könne man sich nicht leisten.

Auf die Debatte folgten im nächsten Tagesordnungspunkt Ausführungen des Präsidenten der französischen Republik Emmanuel Macron mit einer anschließenden Aussprache. Präsident Macron betonte, dass die regionalen Mandatsträgerinnen und -träger das Herzstück der europäischen Demokratie seien und begrüßte die entscheidende Rolle, die sie bei der Bekämpfung der COVID-Pandemie spielen. Er sprach von der Notwendigkeit, mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften einen "europäischen Demos" aufzubauen, auch im Hinblick auf die Reformen, die notwendig sind, damit die Europäische Union von unten nach oben besser funktioniert. Er betonte auch die besonders wichtige Rolle der lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen wie der Energiewende und der digitalen Transformation sowie in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt. Er bekundete seine Absicht, während des französischen EU-Ratsvorsitzes mit dem AdR zusammenzuarbeiten.

Hervorzuheben ist die Debatte über den Kampf gegen Desinformation zur Gewährleistung einer funktionierenden und widerstandsfähigen Demokratie auf allen Ebenen. Gast in dieser Debatte war Leendert Verbeek, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) des Europarats, mit dem der AdR einen engen institutionellen Austausch pflegt. Präsident Verbeek kündigte an, dass der KGRE im März Empfehlungen zur Bekämpfung von Fake News und Hassreden im Internet im lokalen und regionalen Kontext vorlegen wird. Seiner Einschätzung nach könnten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle bei der Bewältigung des Problems der



Desinformation spielen, indem sie ihre Nähe zu den Bürgern nutzten. So könnten sie die Bürgerinnen und Bürger in öffentliche Debatte und demokratische Teilhabe einbinden, Basisinitiativen und lokale Medien unterstützen, die Öffentlichkeit sensibilisieren sowie die Medienkompetenz und den Zugang zu zuverlässigen Informationen insgesamt verbessern. Er forderte außerdem, dass die lokalen Medien von den staatlichen und lokalen Behörden und Institutionen auch finanziell aktiv unterstützt werden sollten.

Europastaatssekretär Dr. Mark Speich hob hervor, dass es eine offensichtliche Verbindung zwischen Desinformation und dem Verlust des Vertrauens in öffentliche Institutionen auf allen Ebenen gibt. Desinformation untergrabe die Fundamente der Demokratie. Das Resultat sei im schlimmsten Fall Hass und Gewalt. Politikerinnen und Politiker der regionalen und kommunalen Ebene seien den Gefahren besonders ausgesetzt. Deswegen sei er dankbar, dass auch der KGRE des Europarats engagierte Initiativen zur Bekämpfung von Desinformation ins Leben gerufen habe. Der AdR und der Kongress müssten hier ihre Kräfte bündeln.

Weitere Tagesordnungspunkte der Plenartagung waren eine Debatte über die Beseitigung der Obdachlosigkeit in der Europäischen Union sowie eine Debatte über das Europäische Jahr der Jugend. Der AdR nahm auch Entschlüsse zum Vorschlag für ein Europäisches Jahr der Jugend sowie zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2022 und zu den politischen Prioritäten des AdR für 2022 an.

Darüber hinaus wurden folgende Stellungnahmen angenommen:

- Bessere Rechtsetzung
- Europas Plan gegen den Krebs
- Die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität
- Europäisches Konzept für künstliche Intelligenz – Gesetz über künstliche Intelligenz
- Beseitigung der Obdachlosigkeit in der Europäischen Union: Die lokale und regionale Perspektive
- EU-Aktionsplan für ökologische/biologische Landwirtschaft
- Nachhaltige blaue Wirtschaft und Aquakultur
- Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa
- Bericht der Europäischen Kommission über die Wettbewerbspolitik 2020
- Die geschlechtsspezifische Dimension der Struktur- und Kohäsionsfonds 2021–2027 mit Schwerpunkt auf der Vorbereitung der operationellen Programme

Weiterführende Informationen:

<https://cor.europa.eu/en/events/Pages/147th-cor-plenary-session.aspx#PressReleases>